

Format de citation

Kollmeier, Kathrin: Rezension über: Patrik Weil, The Sourvereign Citizen. Denaturalization and the Origins of the American Republic, Philadelphia: Pennsylvania UP, 2013, in: Neue Politische Literatur, 60 (2015), 1, S. 135-136, DOI: 10.15463/rec.2138698645, heruntergeladen über Website

neue politische literatur

Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft

copyright

Cet article peut être téléchargé et/ou imprimé à des fins privées. Toute autre reproduction ou représentation, intégrale ou substantielle de son contenu, doit faire l'objet d'une autorisation (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

Der Staatsbürger als Souverän

Weil, Patrik: The Sovereign Citizen. Denaturalization and the Origins of the American Republic, 296 S., Pennsylvania UP, Philadelphia, PA 2013.

Ausbürgerungen waren im 20. Jahrhundert nicht nur ein Machtmittel von Diktaturen, sondern wurden auch in Demokratien praktiziert. Dass die USA von 1906 bis in die siebziger Jahre mehr als hunderttausend eingebürgerten wie gebürtigen Amerikanern und Amerikanerinnen die Staatsbürgerschaft entzogen, erfährt man in Patrick Weils rechtshistorischer Studie. Der französische Historiker und Regierungsberater weitet seine empirischen und international vergleichenden Untersuchungen zur Staatsangehörigkeit nun auf die USA aus – mit verschobenem Blickwinkel.

Der Autor nutzt Recht und Praxis der Ausbürgerung als Sonde, um eine leise Revolution des Staatsbürgerschaftsrechtes zu beschreiben. Die 1906 eingeführte Ausbürgerung führte, erstens, zu einer neuen Definition von Souveränität und Staatsbürgerschaft, in der Amerikaner und Amerikanerinnen neu als Träger der Souveränität definiert wurden. Auf diese verfassungsrechtliche und politische Verschiebung zielt der Titel: „Der souveräne Staatsbürger“ bedeutet eine doppelte Umkehrung. Dem verfassungsgebenden Souverän, dem Volk, wird in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dieser höchste Rang wieder zugeschrieben – aber in individualisierter Form, als einzelner Bürger. Staatsbürgerschaft sei damit in eine neue Ära eingetreten, in der das einstmals vorläufige, bedingte und unsichere Rechtsinstitut nun nahezu vorbehaltlos garantiert werde (S. 5). Das Verhältnis zwischen Individuum und Staat habe sich grundsätzlich gewandelt: Aus einem bedingt geschützten Privileg sei ein Recht des Volkes geworden. Zweitens wurde das Einbürgerungsverfahren verändert. Es entwickelte sich von einer gerichtlichen Prozedur schrittweise zu dem Verwaltungsvorgang, den es nach dem Immigration Act 1990 heute darstellt (S. 51). Dieses zweiteilige Argument strukturiert die straffe Darstellung.

Der erste Teil ist der Föderalisierung der Einbürgerung gewidmet. Ausbürgerungen wurden 1906 zur Kontrolle der Einbürgerungsverfahren durch die Bundesgewalt eingeführt, um Betrug sowohl seitens der Bewerber als auch der einzelstaatlichen Gerichte zu unterbinden. Dies ging mit dem Aufbau föderaler Institutionen einher. Der zweite Teil untersucht die Kontingenz, die

Staatsbürgerschaft nach diesen Neuerungen für verschiedene Gruppen hatte. Waren gebürtige Amerikaner nur in bestimmten Fällen mit dem Verlust ihrer Staatsbürgerschaft bedroht, galt für Eingebürgerte eine Vielzahl von Begründungen. „Bedingte Staatsbürgerschaft“ galt für politische Feinde, politische („radicals“) und ethnische Gruppen (Asiaten) sowie – quantitativ herausragend – für im Ausland lebende Bürger. Seit der berüchtigten Ausbürgerung der Aktivistin Emma Goldman 1909 und ihrer Ausweisung 1919, wurden diese zielgerichtet als politische Waffe eingesetzt. Zunächst marginal angewandt, entwickelte sich die Denationalisierung im Zweiten Weltkrieg zu einem regelrechten Ausbürgerungsprogramm, das vor allem auf organisierte Faschisten zielte.

Der dritte Teil, „War in the Supreme Court“, kristallisiert die Neudefinition des Bürgers als Souverän nach dem Zweiten Weltkrieg heraus. Höchststrichterliche Urteile schränkten die Macht der Bundesregierung zur Ausbürgerung seit 1943/44 ein, erstmals ausgerechnet zugunsten eines Kommunisten und eines Nationalsozialisten. Doch brauchte es noch Jahre, bis es nach spezifisch begründeten Revisionen zu einer allgemeinen Abkehr kam. Hier spielte die innovative Rechtsauffassung eine entscheidende Rolle, die der Oberste Richter Earl Warren zunächst als Minderheitenposition formulierte, bevor sie sich 1967 durchsetzte. Seither werden Amerikaner und Amerikanerinnen vor dem Entzug ihrer Staatsbürgerschaft geschützt, da diese als nicht verfassungskonform gilt. Dies begreift Weil als Revolution der Staatsbürgerschaftsrechtes (S. 9), auch wenn das Recht zur Ausbürgerung formal weiter besteht.

Mit dem Blick auf die Kehrseite der US-Staatsbürgerschaft, trägt Weils Studie zur modernen Geschichte des Verhältnisses von Individuen und Nationalstaat bei, die in einer kritischen Historisierung von Menschenrechten, einer neuen internationalen Geschichte sowie transnational orientierten Migrationsgeschichten in den letzten Jahren neu zum Thema geworden ist. Als politische Rechtsgeschichte ergänzt sie die innovativen Studien von Linda Kerber, welche Staatenlosigkeit als Ausschluss in der Immigrationsgesellschaft sozial- und kulturgeschichtlich erkunden („The Stateless as the Citizen's Other“ 2007, „Toward a History of Statelessness in America“ 2005).

Mit der Auswertung sämtlicher Ausbürgerungsfälle steht die Studie auf solider empirischer Basis, deren quantitative Dimension anschaulich aufschlüsselt wird. Neben

Gerichtsentscheidungen und -akten, wurden Archivalien des Immigration and Naturalization Service, des Außen- und Justizministeriums herangezogen sowie Interviews mit (ehemaligen) Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen von Richtern und anderen. Einzelne Ausbürgerungsfälle werden aus den Gerichtsakten thematisiert. Über die karge Rekonstruktion von Anlässen und juristische Argumente hinaus, erfährt man hier nichts über die Betroffenen. Umso erfreulicher, dass der Anhang zwei scharfzüngige Quellentexte des ersten Ausbürgerungsofers, Emma Goldman, dokumentiert.

Erzählt wird eine Geschichte von Gerichtsentscheidungen, in der Richter und Anwälte um die richtige Auslegung der Verfassung ringen. Obwohl das Ende einer relevanten Ausbürgerungspraxis gerade zum Höhepunkt der afro-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung eingeläutet wird und das Verbot der Diskriminierung eingebürgerter Amerikaner ein entscheidendes Argument bildet, findet dieser politische und soziale Kontext nur nachlässig Erwähnung (S. 184), wird aber nicht als Faktor bei Entscheidungsfindung und Argumentationswechseln untersucht. Gleichwohl ist dieser Hintergrund fast mit den Händen zu greifen, belegt er doch gerade die von Weil herausgestellte Revolution. Doch erscheint in seiner Darstellung die Entfaltung der folgenreichen, das Individuum ermächtigenden Lesart – die individualisierte Rückbindung der Souveränität an ihre konstitutionelle kollektive Grundlage – in einem seltsam luftleeren Raum des Gerichts und der innovativen Auseinandersetzung mit juristischer Lehrmeinung zu entstehen.

Die Konzentration auf die rechtliche Dimension von Staatsbürgerschaft lässt zudem notwendige Ebenen unberücksichtigt, die für einen so fundamentalen Wandel interessant sind: die Rolle emotionaler Bindung, Identifikation und Loyalität, wie auch den für Handlungsspielräume entscheidenden politischen Bereich. Das weite Feld der über klassische Partizipationsrechte hinausgehenden, gelebten Rechte, von faktischen Inanspruchnahmen und Aneignungen – wie er etwa 2006 in den Demonstrationen „illegaler“ Einwanderer deutlich wurde, die sich die amerikanische Hymne in spanischer Sprache zu eigen machten – bleibt ausgeblendet. Die detaillierte und präzise Untersuchung der Aus- und Einbürgerungspolitiken der USA bleibt so beschränkt auf eine politische Verfassungsrechtsgeschichte, obgleich der Perspektivwechsel und die Befunde weit mehr versprechen.

Potsdam

Kathrin Kollmeier

Ein instruktiver Spiegel

Panter, Sarah: Jüdische Erfahrungen und Loyalitätskonflikte im Ersten Weltkrieg, 410 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014.

Im Umfeld der hundertjährigen Wiederkehr des Beginns des Ersten Weltkrieges ist eine kaum zu überblickende Zahl von Monographien, Sammelbänden und Aufsätzen erschienen, die die unterschiedlichen Aspekte und Dimensionen dieses für das 20. Jahrhundert zentralen Ereignisses thematisieren. Die in der Geschichtswissenschaft und in den Medien geführten kontroversen Debatten um das Buch „Die Schlafwandler“ Christopher Clarks haben in der Öffentlichkeit zu einer Konzentration der Wahrnehmung auf die Außenpolitik und die Militärgeschichte geführt.

Einen bislang von der Forschung kaum beachteten Aspekt untersucht Sarah Panter in ihrer von Jörn Leonhard betreuten Freiburger Dissertation: jüdische Erfahrungen und Loyalitätskonflikte zwischen den kriegführenden Staaten. Am Beispiel der Juden in Deutschland, Österreich, Großbritannien und den USA analysiert sie die vielschichtigen Herausforderungen, die während des Ersten Weltkrieges an sie gestellt wurden. Waren die jüdischen Solidaritäts- und die jeweiligen staatsbürgerlichen Loyalitätsvorstellungen kompatibel? Neben dem Kriegsgeschehen und der Frage der nationalen Solidarität, die sich gerade für Neueingewanderte stellte, stand die humanitäre Situation der jüdischen Zivilbevölkerung in Osteuropa im Fokus. Die vielfältigen familiären, religiösen und kulturellen Verbindungen der jüdischen Einwanderer aus West-, Mittel- und Osteuropa in ihre Herkunftsländer wurden unterbrochen. Der Erste Weltkrieg bedeutete für viele ganz konkret einen Bruderkrieg.

Sarah Panter arbeitet erstmals systematisch die Bedeutung des Ersten Weltkrieges für das Jüdischsein in je zwei Ländern der feindlichen Bündnisse heraus. Sie fragt nach möglichen Loyalitätskonflikten, den Auswirkungen der Situation der osteuropäischen Juden, der integrativen beziehungsweise exkludierenden Dimension der Staatsbürgerschaftskonzepte sowie nach den Auswirkungen des Kriegsverlaufes und des gesellschaftlichen Konformitätsdrucks auf die jüdischen Deutungs- und Handlungsmuster.

Die sorgfältig theoretisch und methodisch reflektierte Studie ist grundsätzlich chronologisch in vier Kapitel gegliedert: Kriegsausbruch 1914, Jüdische Perspektiven auf die Lage der osteuropäischen Juden 1915–1916, Kriegserfahrungen